

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
A) Einleitung	2
B) Gesamtergebnisplan / Kurzfassung	2
C) Die Positionen des Ergebnisplanes im Einzelnen	4
I. Erträge	4
Ziff. 01 Steuern und ähnliche Abgaben	4
Ziff. 02 Zuwendungen und allgemeine Umlagen	4
Ziff. 03 Sonstige Transfererträge	5
Ziff. 04 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	5
Ziff. 05 Privatrechtliche Leistungsentgelte	6
Ziff. 06 Kostenerstattungen und Kostenumlagen	7
Ziff. 07 Sonstige ordentliche Erträge	8
Ziff. 08 Aktivierte Eigenleistung	9
Ziff. 19 Finanzerträge	9
II. Aufwendungen	9
Ziff. 11 Personalaufwendungen	9
Ziff. 12 Versorgungsaufwendungen	9
Ziff. 13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	11
Ziff. 14 Bilanzielle Abschreibungen	11
Ziff. 15 Transferaufwendungen	12
Ziff. 16 Sonstige ordentliche Aufwendungen	13
Ziff. 20 Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	14
D) Bewertung des Zwischenberichtes	15

Finanzstatusbericht zum 15.08.2011

A. Einleitung

Dieser Finanzstatusbericht basiert auf dem Stand der Finanzbuchhaltung am 15.08.2011. Er enthält die Prognosen der budgetverantwortlichen Amtsleitungen auf den 31.12.2011 und führt diese zu einer Gesamtprognose auf den Jahresabschluss 2011 zusammen. Schließlich enthält der Bericht auch eine Bewertung des Status zum Stichtag.

Der Bericht soll dazu dienen, Verwaltungsleitung und Kreistag über den Stand der Haushaltswirtschaft im laufenden Haushaltsjahr zu informieren. Er soll die Haushaltssteuerung unterstützen, dem Kämmerer Entscheidungen über Steuerungsmaßnahmen erleichtern.

B. Gesamtergebnisplan

In der Spalte „Vergleich Prognose – Ansatz/Ermächtigungsübertragung“ wird die Differenz zwischen der aktuellen Prognose und dem Ansatz des Haushaltsplanes 2011 (in der Fassung der Nachtragshaushaltssatzung) zuzüglich der Ermächtigungsübertragungen nach 2011 dargestellt.

Unter Berücksichtigung von Haushaltsansatz 2011 und Ermächtigungsübertragungen würde das Jahresergebnis 2011 planmäßig einen Verlust von rd. 9,2 Mio. € ausweisen. Der vergleichbare Prognosewert auf den 31.12.2011 liegt jedoch bei "nur" - 2,4 Mio. €. Beim letzten Bericht lag der Prognosewert noch bei rd. - 5,0 Mio. €. **Die sich neu abzeichnenden Veränderungen von rd. + 2,6 Mio. € ergeben sich im Wesentlichen durch Verbesserungen im sozialen Bereich.** Bei zahlreichen Ergebnisplanpositionen handelt es sich größtenteils um **ergebnisneutrale Verschiebungen**, die gleichzeitig die Ergebnis- und Aufwandseite verändern.

Pos.	Name	Ansatz 2011	Ermächtigungsübertragungen (EÜ)	Prognose	Vergleich Prognose - Ansatz/ Erm.übertragung Spalte E-C-D
A	B	C	D	E	F
01	Steuern und ähnliche Abgaben	3.934.000	0	3.982.991	48.991
02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	182.681.280	0	187.901.124	5.219.844
03	+ Sonstige Transfererträge	2.528.500	0	2.939.544	411.044
04	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	15.354.910	0	15.279.501	-75.409
05	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	273.490	0	275.993	2.503
06	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	14.179.970	0	18.693.283	4.513.313
07	+ Sonstige ordentliche Erträge	2.920.530	0	5.577.176	2.656.646
08	+ Aktivierte Eigenleistung	120.500	0	98.000	-22.500
10	= Ordentliche Erträge	221.993.180	0	234.747.612	12.754.432
11	- Personalaufwendungen	35.870.000	0	34.591.956	-1.278.044
12	- Versorgungsaufwendungen	4.720.000	0	4.680.000	-40.000
13	- Aufw. für Sach- und Dienstleistungen	16.373.100	2.511.173	20.675.945	1.791.672
14	- Bilanzielle Abschreibungen	6.975.000	0	6.999.700	24.700
15	- Transferaufwendungen	126.095.786	659.818	131.307.130	4.551.526
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	37.115.335	58.286	38.396.523	1.222.901
17	= Ordentliche Aufwendungen	227.149.221	3.229.277	236.651.254	6.272.756
18	= Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit (Z. 10+17)	-5.156.041	-3.229.277	-1.903.642	6.481.675
19	+ Finanzerträge	464.210	0	714.304	250.094
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	1.235.000	0	1.176.000	-59.000
21	= Finanzergebnis (Z. 19+20)	-770.790	0	-461.696	309.094
22	= Ordentliches Ergebnis (Z. 18+21)	-5.926.831	-3.229.277	-2.365.338	6.790.769
26	= Jahresergebnis (Z. 22+25)	-5.926.831	-3.229.277	-2.365.338	6.790.769

Die aus dem Jahr 2010 übertragenen Ermächtigungen in Höhe von rd. 3,2 Mio. € stehen für Aufwendungen im Jahr 2011 zur Verfügung.

Das Jahresergebnis 2011 wird unmittelbar belastet, wenn diese Ermächtigungen in Anspruch genommen werden. Nach dem derzeitigen Stand ist davon auszugehen, dass eine vollständige Inanspruchnahme erfolgen wird.

Die nachfolgende Übersicht gibt einen groben Überblick, welche wesentlichen Veränderungen auf die Haushaltssituation 2011 Einfluss nehmen:

Abweichungsgrund	Abweichungen zu Ansatz u. Erm.Übertragung		Veränderung insgesamt	
	Ertrag in T€	Aufwand in T€	Verbesserung in T€	Verschlechterung in T€
Produkt 050120 (Grundsicherung im Alter / Erwerbsminderung)	-50	+520		570
Produkt 050440 (Pflege)	+328	+195	133	
Produkt 060510 (Tageseinrichtungen)	+2.754	+1.818	936	
Produkt 060410 (außermfamiliäre Hilfsformen), Produkt 050710 (behinderte Kinder in Pflegefamilien)	+338	+135	203	
Bereich der öff.-rechtlichen Leistungsentgelte (Ziffer 04, ohne Tageseinrichtung)	+ 185		185	
Produkt 050210 (Grundsicherung) Erhöhung Bundesbeteiligung KdU von 24,5% auf 35,8% (Ziff. 06)	+2.630	Bildung u. Teilhabe (Produkt 050110, Ziff. 15 / Produkt 050210 Ziff.16)	1.030	
Warmwasseranteil bei KdU, SGB II (Produkt 050210, Ziff. 16)		+100		
Produkt 010710 (Immobilienmanagement), Bauunterhaltung (bedingt durch Umbau GA Ahlen)	0	+465		465
Produkt 010710 (Immobilienmanagement), KP II, Ansatz Ertrag 1.302 T€ (Prognose 2.039 T€), Ansatz Aufwand 1.655 T€, Erm.übertragung 564 T€ (Prognose 2.039 T€)	+737	-180	917	
Auflösung Pensionsrückstellungen (Ziff. 07) / Personalbudget (Ziff. 11 u. 12)	+2.000	-1.318	3.318	
Personal- und Sachkostenerstattung ARGE (Ziff. 06)	+ 360		360	
Produkt 160110 (Steuern, allg. Zuweisungen), GFG 2011 (Ziff. 02 u. 15)	-155	+ 59		214
Finanzergebnis Produkte 010610 (Haushaltssteuerung) u. 160110 (Steuern, allg. Zuweisungen) (Ziff. 19 u. 20)	+ 250	- 59	309	
verschiedene Verbesserungen			649	
Summe			8.040	1.249
Saldo der Veränderungen			6.791	

C. Prognosen im Einzelnen

Die Übersicht über den Gesamtergebnisplan (Punkt B) weist eine Verbesserung des Jahresergebnisses, bezogen auf Haushaltsansatz und Ermächtigungsübertragungen, von rd. 6,8 Mio. € aus. Diese Abweichung ist wie folgt zu begründen:

I. Erträge

Ziffer 01 – Steuern und ähnliche Abgaben (Ansatz: 3.934 T€) + 49 T€

In dem Ansatz enthalten ist die Ausgleichsleistung des Landes für den Fortfall des Wohngeldes im Rahmen der SGB II-Leistungen (3.700 T€). Außerdem veranschlagt ist die in drei Stufen bis zum Jahr 2013 auslaufende Jagdsteuer (234 T€).

Mittlerweile steht die Höhe der Ausgleichszahlung des Landes für 2011 fest (3.748 T€).

Ziffer 02 – Zuwendungen und allgemeine Umlagen (182.681 T€) + 5.220 T€

Dieser Betrag setzt sich im Wesentlichen zusammen aus:

➤ Schlüsselzuweisungen vom Land	27.247 T€
➤ die Kreisumlage	131.336 T€
➤ Zuweisungen des Landes für laufende Zwecke	15.786 T€
➤ sowie Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	4.116 T€
➤ Verschiedene Zuwendungen und Zuweisungen (u.a. KP II)	4.196 T€

Bereich Amt für Kinder, Jugendliche und Familien, U3 (+ 2,7 Mio. €):

Eine große Abweichung (+ 2,7 Mio. €) zeigt sich in dem Produkt Tagesbetreuung für Kinder. Veranschlagt sind hier Mittel für den Ausbau von Plätzen für Kinder unter 3 Jahren in Tageseinrichtungen und Tagespflege.

Die Abweichung setzt sich im Wesentlichen wie folgt zusammen:

1. Der im Rahmen des Investitionsprogramms (U3) gebildete Haushaltsansatz 2011 von 1 Mio. € wird voraussichtlich um rd. 1,9 Mio. € überschritten; ursächlich sind zusätzliche Mittel aus dem Nachtragshaushalt und dem Sonderprogramm des Landes NW für den Ausbau von U3-Plätzen (s. auch Ziffer 15; S. 12, Weitergabe der Mittel in gleicher Höhe, daher **abschlussneutral**).
2. Seit dem 01.08.2011 ist das letzte Kindergartenjahr vor der Einschulung beitragsfrei. Als Belastungsausgleich erstattet das Land einen pauschalen Zuschuss von rd. 518 T€ (s. auch Elternbeiträge, Ziffer 04, S. 5).
3. Es wird mit nicht veranschlagten Betriebskostenerstattungen durch Träger von Einrichtungen in Höhe von rd. 110 T€ gerechnet.

Bereich Amt für Planung und Naturschutz, ÖPNV-Pauschale (+ 1,5 Mio. €):

Zu den neuen Pauschalen wurde bereits im letzten Bericht ausführlich berichtet. Durch die Parallelen auf der Aufwandseite wirkt sich die Neuregelung **abschlussneutral** aus (s. Ziffer 15, S. 12).

Finanzwirtschaft (- 155 T€):

Hier hat es zum letzten Bericht keine Veränderungen gegeben. Die Erträge fallen um rd. 155 T€ niedriger aus als veranschlagt; durch das GFG 2011 tritt insgesamt eine Belastung des Kreishaushaltes von rd. 214 T€ ein.

Konjunkturpaket II (+ 737 T€):

Im Rahmen des Konjunkturpaketes II (KP II) konnte in der Vergangenheit der Zeitplan nicht in Gänze eingehalten werden. Im Laufe des Jahres 2011 sind nunmehr sämtliche Maßnahmen abzuschließen. Die Ertragsprognose für den Abschluss 2011 liegt bei rd. 2.039 Mio. €. Dies bedeutet eine Überschreitung des Haushaltsansatzes 2011 um rd. 737 T€. Da gleichzeitig der entsprechende Aufwand entsteht, verhalten sich die Mittel insgesamt **abschlussneutral** (s. Pos. 15, S 11).

Zensus (+ 415 T€)

Bei der Aufstellung des Haushaltsplanes wurden die Mittel des Landes in einer Größenordnung von 400 T€ als Kostenerstattung (Ziffer 06) geplant. Die Zuordnung dieser Finanzzuweisung erfolgt nun haushaltssystematisch richtig bei der Ziffer 02. Die Zuweisung des laufenden Jahres beläuft sich derzeit auf rd. 415 T€ (s. Ziffer 06, S. 8).

Ziffer 03 – Sonstige Transfererträge (2.529 T€) + 411 T€

Der Ansatz beinhaltet den Ersatz von sozialen Leistungen in den Produktbereichen 05 und 06 – soziale Leistungen und Kinder-, Jugend- und Familienhilfe –.

Verstärkt konnte der Ersatz von sozialen Leistungen in folgenden Aufgabebereichen festgestellt werden:

- Pflege (Produkt 050440)	+ 284 T€
- Außerfamiliäre Hilfsformen (Produkt 060410)	+ 75 T€
- Unterhaltsvorschuss (Produkt 050910)	+ 100 T€

Ziffer 04 – öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte (15.355 T€) - 75 T€

Der Gesamtansatz umfasst die Verwaltungs- und Benutzungsgebühren.

Wie die nachfolgende Tabelle zeigt, weichen die Prognosen in verschiedenen Bereichen von den geplanten Ansätzen ab; insgesamt sind derzeit Mindererträge von rd. 75 T€ zu erwarten.

Im Bereich der **Tageseinrichtung für Kinder** weicht die Prognose um 260 T€ nach unten vom Ansatz ab. Seit dem 01.08.2011 ist das Kindergartenjahr vor der Einschulung beitragsfrei. Hierdurch wird mit Mindererträgen von rd. 650 T€ in 2011 gerechnet. Teilweise wird diese Neuregelung durch zusätzliche Erträge, die u. a. auf Nachüberprüfungen beruhen, kompensiert. (s. auch Ziffer 02, S. 4, Belastungsausgleich durch das Land i.H.v. 518 T€).

Die Mehrerträge im Bereich des **Rettungsdienstes** sind auf höhere Fallzahlen zurück zu führen.

Erhöhte Gebührenerträge bei den **Baugenehmigungsverfahren** können als positive konjunkturelle Auswirkungen gesehen werden; es werden mehr Baugenehmigungen erteilt.

Im Bereich des **Vermessungs- und Katasteramtes** liegt die Prognose auf den Jahresabschluss 2011 insgesamt um 147 T€ unter dem Ansatz. Geringere Antragszahlen, das ALKIS-Verfahren (Amtliche Liegenschaftskataster-Informationssystem) und die Auswirkungen der neuen Gebührenordnung spielen hier eine Rolle.

Produkt	Bezeichnung	Ansatz €	Prognose €	Abweichung €
100210	Wohnungsbauförderung	110.000	60.000	-50.000
010810	Kreispolizeibehörde	140.000	140.000	0
020220	Gewerbe, Schwarzarbeit, Jagd	113.000	120.000	7.000
020230	Bußgeldstelle	22.000	20.300	-1.700
020240	Personenstand, Staatsangeh.	77.000	77.000	0
020250	Aufenth. Ausländer / Asylbewerber	110.000	110.000	0
020320	Rettungsdienst	4.150.000	4.300.000	150.000
020410	Verkehrssicherung	130.000	160.000	30.000
020420	Gewerbl. Pers.bef., GKr.Verkehr	45.000	40.000	-5.000
020430	Fahrerlaubnisse, Fahrschulang.	520.000	530.000	10.000
020440	Kfz.- Zulassungen	1.900.000	1.900.000	0
020610	Überwachung Lebensm. u.a.	17.000	22.000	5.000
020620	Überwachung Fleischhygiene	510.000	460.000	-50.000
020710	Tierseuchenbekämpfung	35.000	32.000	-3.000
020730	Tierschutz	4.000	6.000	2.000
030110	Berufskollegs	300	3.000	2.700
030120	Förderschulen	5.600	5.600	0
050440	Pflege	2.000	6.000	4.000
060110	Jugendsozialarbeit, Ki/JuSchutz	3.500	3.959	459
060510	Tagesbetreuung für Kinder	5.000.000	4.740.000	-260.000
070120	Ärztliche/zahnärztliche Gutachten	150.000	150.000	0
070130	Gesundheitsschutz	85.000	85.000	0
130110	Landschaftspflege, Naturschutz	206.000	260.000	54.000
090210	Vermessung/Erhebung Geodaten	180.000	150.000	-30.000
090220	Führung von Geobasisdaten	260.000	180.000	-80.000
090230	Geoinformationsdienste	230.000	180.000	-50.000
090240	Grundstückswerte/neuordnung	60.000	73.000	13.000
100110	Genehmigungsverfahren	800.000	900.000	100.000
100115	Immissionsschutz	200.000	250.000	50.000
100120	Bauüberwachung- und -überprüfung	70.000	90.000	20.000
110110	Abfallentsorgung/-überwachung	7.500	7.500	0
120110	Straßenbau und -unterhaltung	4.000	4.000	0
140110	Landw. Wasserwirtschaft	100.000	90.000	-10.000

Ziffer 05 – Privatrechtliche Leistungsentgelte (273 T€)

+ 3 T€

Die Mieten und Pachten, die der Kreis aus seinen Grundstücken und Gebäuden erzielt, belaufen sich 2011 auf 270 T€. Außerdem ist hier veranschlagt ein Betrag von 3 T€ an Erträgen aus dem Verkauf von Vorräten sowie Eintrittsgelder und Kostenbeiträge für Ausschreibungen.

Für diesen Bereich zeichnet sich ein planmäßiger Verlauf ab.

Ziffer 06 – Kostenerstattungen u. Kostenumlagen (14.180 T€) + 4.513 T€

Die größte Position machen die Erstattungen des Bundes für die Grundsicherung für Arbeitsuchende aus, die mit 7.400 T€ erwartet wurden. Zugrunde lag eine Erstattungsquote von 24,5 % der anrechenbaren Aufwendungen. Für Personal- und Sachkosten im Rahmen der Erfüllung dieser Aufgaben nach dem SGB II ist ein Betrag in Höhe von 520 T€ enthalten. Außerdem ist für die Aufwendungen im Zusammenhang mit der Neuorganisation dieses Aufgabenbereiches (Option) mit Kostenerstattungen von 524 T€ zu rechnen.

Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem SGB II:Unterkunftskosten inkl. Warmwasser, Bildung und Teilhabe, Schulsozialarbeit (+ 2,6 Mio. €)

Bei der Aufstellung des Haushaltes 2011 wurde eine Bundesbeteiligungsquote von 24,5 % eingeplant. Diese wurde mit dem Gesetz zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des Zweiten und Zwölften Sozialgesetzbuches vom 29.03.2011 auf insgesamt **35,8 %** erhöht. Die Steigerung von insgesamt 11,3 % setzt sich wie folgt zusammen:

- Transferleistungen Bildung und Teilhabe: 5,4 %
- Verwaltungskosten Bildung und Teilhabe: 1,2 %
- Schulsozialarbeit: 2,8 %
- Verschiebung Warmwasser: 1,9 %

Allein durch die bei der Haushaltsaufstellung noch nicht absehbare Erhöhung der Bundesbeteiligung ergeben sich Mehrerträge in Höhe von rd. 3,48 Mio. €. Diese Mehrerträge mindern sich zum einen durch die Verschiebung des **Warmwasseranteils** von der Regelleistung (Kostenträger BA) in die Kosten der Unterkunft (Kostenträger Kreis Warendorf). Aufgrund des Rückgangs der Bedarfsgemeinschaften ist hier aktuell jedoch nur mit Mehraufwendungen in Höhe von rund 100 T€ zu rechnen. Im letzten Bericht lag diese Prognose noch bei + 1,12 Mio. €.

Die Transferaufwendungen für **Bildung und Teilhabe** sind derzeit immer noch schwer einzuschätzen. Auch wenn die Zahl der Anträge stetig ansteigt, ist damit zu rechnen, dass die Mittel für die Transferleistungen in Höhe von ca. 1,65 Mio. € ausreichend sind. Eine Spitzabrechnung der tatsächlichen Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket erfolgt erst für Aufwendungen ab dem Jahr 2012. Zu berücksichtigen sind die Transferleistungen für SGB II-Empfänger und Berechtigte nach § 6b Bundeskindergeldgesetz (Wohngeld, Kinderzuschlag), wobei Letztere im Produkt 050110 abgebildet sind.

Das Umsetzungskonzept für den Bereich der **Schulsozialarbeit** wird voraussichtlich nicht im laufenden Jahr vollständig realisiert werden können. Aktuell wurde bei dem Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales NRW angefragt, wie mit den nicht verbrauchten Mittel verfahren werden muss bzw. kann. Eine Antwort liegt zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses dieses Berichtes noch nicht vor. Bei der Prognose der Bundesbeteiligung wird davon ausgegangen, dass die noch nicht verbrauchten Mittel für diese Aufgabe (insg. rd. 850 T€) mit in das nächste Jahr genommen werden können. Bei der Erstattung des Bundes für 2011 wurde dieser Betrag daher in Abzug gebracht (3.480 T€ abzgl. 850 T€ = 2.630 T€). Da das Land NRW die Umsetzung im Rahmen der Zielsteuerung begleiten wird, ist die Mittelverwendung im Einzel-

nen nachzuhalten. Eine anderweitige Verwendung der Mittel scheint daher nicht zulässig.

Personal- und Sachkostenerstattung ARGE (+ 360 T€)

Bei den Kostenerstattungen des Bundes für Personal- und Sachkosten für die ARGE wurde ein Betrag von 520 T€ eingeplant. Derzeit nimmt der prozentuale Anteil der kommunalen Beschäftigten zu den Beschäftigten der Bundesagentur für Arbeit zu. Dies führt zu höheren Erstattungen des Bundes von rd. 360 T€ (s. auch Ziffer 11, S. 10).

Kommunaler Finanzierungsanteil (KFA) (+ 1.400 T€)

Das neue Abrechnungsverfahren wurde bereits im letzten Bericht erläutert. Derzeit wird von 1,4 Mio. € KFA der Städte und Gemeinden des Kreises ausgegangen. Insgesamt verhält sich die Verfahrensumstellung **ergebnisneutral** (s. Ziffer 13, S. 11).

Bereich Amt für Kinder, Jugendliche und Familien, Produkt 060410, außerfamiliäre Hilfsformen (+ rd. 250 T€)

Der LWL hat rückwirkend für einen Fall seine Zuständigkeit anerkannt und die Kosten von rd. 150 T€ erstattet. Zusätzlich wird noch eine Kostenerstattung von einem anderen Jugendamt für 5 Fälle in Höhe von gut 100 T€ erwartet.

Zensus (- 400 T€)

Erläuterungen, siehe Ziffer 02, Seite 5

Ziffer 07 – sonstige ordentliche Erträge (2.921 T€)

+ 2.657 T€

Veranschlagt sind hier z. B. die Buß- und Zwangsgelder (2.336 T€), Säumniszuschläge (100 T€), Leistungen von Schadensersatz (35 T€), Zahlungseingänge auf abgeschriebene Forderungen (43 T€), nicht zahlungswirksame Erträge (z. B. 80 T€ als Bilanzgewinn aus der Veräußerung eines Grundstücks), Gutschriften für Vorjahre (20 T€) und Erstattungen von Leistungen nach dem Altersteilzeitgesetz (54 T€).

Tageseinrichtungen für Kinder (+ 350 T€)

Zahlungseingänge auf abgeschriebene Forderungen und Gutschriften, die die Vorjahre betreffen, führen in diesem Produkt zu nicht planbaren Erträgen in einer Größenordnung von rd. 350 T€.

Die nachfolgend aufgeführten Ertragsveränderungen stellen ebenfalls sonstige ordentliche Erträge dar, waren jedoch bei der Haushaltsaufstellung noch nicht bekannt und sind daher nicht im Ansatz berücksichtigt worden.

Pensionsrückstellungen (+ 2.000 T€)

Diese Thematik wurde bereits im letzten Bericht ausführlich erläutert. Auf der Ertragsseite ergibt sich durch die Auflösung von Pensionsrückstellungen eine Ergebnisverbesserung von rd. 2 Mio. €.

Der Kreis ist auf die Berechnungen der Fa. Heubeck und die Informationen der KVV angewiesen und kann diese Unwägbarkeiten nicht beeinflussen. Die Berechnungsmethode und die Prognoseunsicherheiten werden in der Sitzung des Finanzausschusses am 07.10.2011 von einem Experten der KVV erläutert.

Tierkörperbeseitigung (+ 110 T€)

Im Rahmen der Tierkörperbeseitigung wurden Mehrwertsteueranteile für vergangene Zeiträume erstattet (+ 110 T€).

Ziffer 08 – aktivierte Eigenleistungen (121 T€) - 23 T€

Aktivierte Eigenleistungen sind innerbetriebliche Leistungen, die mit eigenen Arbeitskräften und Materialien erstellt werden und die zu den Herstellungskosten einer Investition aktiviert werden.

Es handelt sich dabei um Vermessungsleistungen des Vermessungs- und Katasteramtes und um Leistungen im Rahmen des Straßenbaus.

Nach den momentanen Schätzungen wird ein leicht negativer Verlauf erwartet.

Ziffer 19 – Finanzerträge (464 T€) + 250 T€

Die Summe ergibt sich aus den Ansätzen für Zinsen aus Geldanlagen sowie Zinsen aus früheren Arbeitgeberdarlehen.

Die positive Abweichung lässt sich u. a. auf höhere Zinserträge aus Geldanlagen zurückführen.

Die Prognosen für die Gewinnausschüttungen der Wasserversorgung Beckum (+ 39 T€) und die der Abfallwirtschaftsgesellschaft (+ 59 T€) gehen ebenfalls über die veranschlagten Beträge hinaus.

II. Aufwendungen

Ziffer 11 – Personalaufwendungen (35.870 T€) - 1.278 T€

Ziffer 12 – Versorgungsaufwendungen (4.720 T€) - 40 T€

Dem Personalaufwand liegt der Stellenplan zugrunde, der als Anlage zum Haushaltsplan ausgewiesen ist. Die Personalaufwendungen des Kreises sind aus den Budgets der Ämter herausgelöst und bilden ein eigenes abgeschlossenes Budget.

Es sind Aufwendungen für das aktive Personal und Versorgungsaufwendungen zu leisten.

Bezeichnung	Ansatz 2011	Prognose	Abweichung
	€	€	€
Bezüge der Beamten	9.464.000	9.520.953	+ 56.953
Vergütung tariflich Beschäftigte	17.925.460	18.219.402	+ 293.942
Vergütung sonst. Beschäftigte	323.540	278.953	- 44.587
Altersteilzeit	207.800	213.209	+ 5.409
Versorgungskassenbeiträge	5.472.000	5.399.926	- 72.074
Sozialversicherungsbeiträge	3.602.000	3.658.313	+ 56.313
Beihilfen/Unterstützungsleistg. für Beschäftigte	568.000	568.000	+ 0
Rückstellungen aktives Personal	2.100.000	0	- 2.100.000
Altersteilzeit und Rückstellungen f. nicht genommenen Urlaub/ Überstunden	333.200	833.200	+ 500.000
Beihilfenunterstützung ehem. Beschäftigte	580.000	580.000	+ 0
Rückstellungen ehem. Beamte	14.000	0	- 14.000
Gesamtsumme	40.590.000	39.271.956	- 1.318.044

Derzeit wird im Bereich der Personal- und Versorgungsaufwendungen mit Einsparungen von rd. 1,3 Mio. € gerechnet. Diese Verbesserung ergibt sich aber nur aus der Reduzierung der **Pensionsrückstellungen** (s. Ziffer 07) um 2,1 Mio. €. Über diese Veränderung wurde im letzten Finanzstatusbericht ausführlich berichtet. In anderen Bereichen nehmen die Aufwendungen dagegen deutlich zu.

Beamtenbezüge

Die Planung der Ansätze der Beamtenbezüge enthält keine Besoldungserhöhung. Diese ist jedoch in Höhe von 1,5 % ab April 2011 (zuzüglich Einmalzahlung von 360 €) eingetreten und wird voraussichtlich zur Überschreitung des Ansatzes führen, wenn es nicht gelingt, durch Sparmaßnahmen einen Ausgleich zu schaffen. Bei der letzten Prognose wurde für diesen Bereich noch von einer Überschreitung des Ansatzes um rd. 200 T€ ausgegangen. Eine restriktive Stellenbesetzung konnte hier die Steigerung bereits um 143 T€ auf 57 T€ reduzieren.

Option (+ rd. 800 T€)

Im Rahmen der Option erfolgen bzw. erfolgten in 2011 einige Neueinstellungen für den Bereich des Jobcenters. Dies hat zur Folge, dass die Vergütung der Beschäftigten ansteigt. Derzeit übersteigt die Prognose den Ansatz um rd. **294 T€**. Eine Erhöhung der Vergütung führt auch zu Erhöhungen der Versorgungskassen- und Sozialversicherungsbeiträge. Für die Personalkosten erfolgt eine Erstattung des Bundes im Rahmen der vertraglichen Vereinbarung aufgrund der Einrichtung der ARGE/Jobcenter (siehe Ziffer 06, S. 8).

Eine weitere wesentliche Veränderung ist bedingt durch erforderlich werdende Rückstellungen für nicht genommenen Urlaub und Überstunden im Rahmen der Option. Es wurden Vereinbarungen getroffen, dass die Mitarbeiter/innen eine bestimmte Anzahl von Urlaubstagen und Überstunden mit ins Jahr 2012 nehmen dürfen. Weiter fallen zusätzliche Überstunden für die Datenmigration an. Insgesamt ist davon auszugehen, dass Aufwendungen in einer Größenordnung von rd. 500 T€ den Kreishaushalt im Jahr 2011 belasten werden. Derzeit ist noch nicht bekannt, ob die Mitarbeiter/innen sich diese Überstunden auszahlen lassen oder abfeiern werden. Sofern diese Urlaubstage/Überstunden in den nächsten Jahren abgefeiert werden, können hierfür gebildete Rückstellungen wieder ertragswirksam aufgelöst werden.

Der Bund beteiligt sich an dem Aufwand für die Umorganisation im Falle der Option; insgesamt belaufen sich diese Mittel auf rd. 606 T€, von dieser Anschubfinanzierung werden rd. 485 T€ im laufenden Jahr abgerufen, der Rest im Jahr 2012.

Ziffer 13

Aufwand für Sach- und Dienstleistungen (16.373 T€, EÜ 2.511 T€) + 1.792 T€

Diese Position enthält die Aufwendungen für die Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen, der Straßen, Wege, Plätze und des sonstigen unbeweglichen Vermögens.

Der Ansatz des Haushaltes 2011 in Höhe von rd. 16,3 Mio. € wurde fortgeschrieben um die aus dem Vorjahr übertragenen Ermächtigungen (EÜ) in Höhe von insgesamt rd. 2,5 Mio. €.

Konjunkturpaket II (- 180 T€)

Aufwendungen für Maßnahmen im Rahmen des Konjunkturpaketes II werden in Höhe von rd. 2.039 T€ erwartet und unterschreiten somit den gebildeten Ansatz (1.655 T€) und die zur Verfügung stehenden Ermächtigungsübertragungen (564 T€) um rd. 180 T€. Diesen Aufwendungen stehen in gleicher Höhe Erträge in Form von Zuwendungen gegenüber; insgesamt verhalten sich diese Maßnahmen **abschlussneutral** (s. Ziffer 02, S. 5).

Bauunterhaltung (+ 465 T€)

Bedingt durch den Umbau des Gesundheitsamtes Ahlen (+ 540 T€) für die Nutzung des Jobcenters wird insgesamt im Rahmen der Bauunterhaltung mit Mehraufwendungen von rd. 465 T€ gerechnet.

Kommunaler Finanzierungsanteil (KFA) (+ 1.400 T€)

siehe Erläuterung zu Ziffer 06, S. 8

Die Inanspruchnahme der Ermächtigungsübertragungen bei der Pos. 13 verteilt sich auf die verschiedenen Ämterbudgets und wird voraussichtlich in Höhe der übertragenen Beträge erfolgen.

Ziffer 14 – Bilanzielle Abschreibungen (6.975 T€)

+ 25 T€

Mit den bilanziellen Abschreibungen wird der Werteverzehr der Vermögensgegenstände des Kreises als Aufwand im Ergebnisplan dargestellt.

Der bisherige Verlauf des Haushaltsjahres 2011 hat gezeigt, dass Abschreibungen auf das Anlagevermögen voraussichtlich planmäßig verlaufen werden

Ziffer 15 – Transferaufwendungen (126.096 T€, EÜ 600 T€) + 4.552 T€

Die Transferleistungen betragen 56 % der Gesamtaufwendungen des Kreishaushaltes 2011. Es sind Leistungen an Dritte ohne eine direkte Gegenleistung.

Bereich Amt für Kinder, Jugendliche und Familien, Produkt 060510 (Tageseinrichtung, Investitionsprogramm U3) (+ 1,7 Mio. €):

Zum U3 Investitionsprogramm wird auf die Erläuterungen bei Ziffer 02, S. 4 (+ 1,9 Mio. €) verwiesen.

Im Bereich der Betriebskosten zeichnen sich Einsparungen von rd. 200 T€ ab.

Bereich Amt für Planung und Naturschutz, ÖPNV (+ 1,5 Mio. €):

Zu den neuen Pauschalen wurde bereits im letzten Bericht ausführlich berichtet. Durch die Parallelen auf der Ertragsseite wirkt sich die Neuregelung **abschlussneutral** aus (s. Ziffer 02, S. 4).

Bereich soziale Aufwendungen

Produkt	Bezeichnung	Ansatz 2011 €	Prognose 31.05.2011 €	Prognose 15.08.2011 €	aktuelle Abweichung €	Abweichung im Produkt €
050110	Hilfe zum Lebensunterhalt	1.585.000	2.875.000	2.155.000	+ 570.000	+ 570.000
	- außerhalb von Einrichtungen	985.000	1.100.000	1.100.000	+ 115.000	
	- in Einrichtungen	500.000	500.000	500.000	+ 0	
	- Jugend in Arbeit	100.000	75.000	55.000	- 45.000	
	- Bildung und Teilhabe	0	1.200.000	500.000	+ 500.000	
050120	Grundsicherung Alter/Erwerbsminderung	10.100.000	10.521.000	10.620.000	+ 520.000	+ 520.000
	- außerhalb von Einrichtungen	9.350.000	9.770.000	9.870.000	+ 520.000	
	- in Einrichtungen	750.000	750.000	750.000	+ 0	
	- Bildung und Teilhabe	0	1.000	0	+ 0	
050130	Hilfe in bes. Lebenssituationen	4.153.150	4.153.150	4.153.150	+ 0	+ 0
050440	Pflege	13.632.500	13.715.000	13.793.000	+ 160.500	+ 160.500
	- ambulant	930.000	930.000	950.000	+ 20.000	
	- stationär	6.000.000	6.000.000	6.000.000	+ 0	
	- Pflegewohngeld	5.200.000	5.300.000	5.350.000	+ 150.000	
	- Zusch. an amb. Pflegeeinrichtungen	900.000	882.500	892.100	- 7.900	
	- bewohnerorientierte Aufwendungszuschüsse	600.000	600.000	600.000	+ 0	
	- Schulungsmaßnahme Seniorenarbeit	2.500	2.500	900	- 1.600	
	Gesamtsumme					+ 1.250.500

Bildungs- Teilhabepaket (+ 500 T€)

Der Mehraufwand bei dem Transferaufwand aus dem Bildungs- und Teilhabepaket von rd. 0,5 Mio. € wird durch die Erhöhung der Bundesbeteiligungsquote aufgefangen werden (s. Erläuterungen bei Ziffer 06). Weitere 1,0 Mio. € für diesen neuen Aufgabenbereich schlagen sich bei Ziffer 16 im Bereich der Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem SGB II nieder.

Grundsicherung im Alter (+ 520 T€)

Im Bereich der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung außerhalb von Einrichtungen wird mit einem Mehraufwand von rd. 520 T€ gerechnet. Ursächlich dafür sind neben steigenden Fallzahlen auch die sich abzeichnenden höheren durchschnittlichen Aufwendungen für den einzelnen Fall.

Pflege (+ 160 T€)

Die Fallzahlen beim Pflegewohngeld liegen aktuell im Juli 2011 bei 833 (Juli 2010: 805 Fälle), dies bedeutet eine Steigerung von rd. 3,5 %. Für den Verlauf des Jahres wird mit durchschnittlich 820 Hilfeempfängern gerechnet (Planzahl: 830 Hilfeempfänger). Das Pflegewohngeld wird auf der Grundlage der anerkannten Investitionskosten der Einrichtungen berechnet. Höhere Investitionskosten werden anerkannt z. B. bei Umbau- und Renovierungsmaßnahmen, bei Neubauten und Anbauten. Die durchschnittlichen Investitionskosten für ein Einzel- bzw. Mehrbettzimmer sind in den letzten Jahren konstant gestiegen. Diese Entwicklung lässt Mehraufwendungen allein im Bereich Pflegewohngeld von rd. 150 T€ erwarten.

Ermächtigungsübertragungen

Die Inanspruchnahme der Ermächtigungsübertragungen (660 T€) verteilt sich auf die verschiedenen Ämterbudgets und wird voraussichtlich in Höhe der übertragenen Beträge erfolgen.

Ziffer 16**Sonstige ordentliche Aufwendungen (37.115 T€, EÜ 58T€) + 1.223 T€**

Diese Position gehört zu den größten Ansätzen auf der Aufwandseite, weil die Beteiligung des Kreises an den Leistungen für Arbeitsuchende mit insgesamt 31,4 Mio. € (davon 30,7 Mio. € Kosten der Unterkunft und Heizung) nach den haushaltsrechtlichen Vorschriften hier zu veranschlagen ist.

Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II

Produkt 050210 -Grundsicherung-					
Position und Bezeichnung	Ansatz 2011 €	nachrichtlich Prognose 31.05.2011 €	Prognose 15.08.2011 €	aktuelle Abweichung €	Abweichung im Produkt €
Erträge					
Pos. 01 Steuern und ähnliche Abgaben	3.700.000	3.700.000	3.747.991		+ 47.991
Pos. 06 Kostenerstatt. u. Kostenumlagen	8.544.400	14.264.206	12.924.206	4.379.806	+ 4.379.806
- Erstattung Bund v. Pers. u. Sachkosten	520.000	880.000	880.000	+ 360.000	
- Erstattung in Frauenhausfällen	100.000	100.000	100.000	+ 0	
- Bundesbet. f. Unterkunft und Heizung	7.400.000	11.200.000	10.030.000	+ 2.630.000	
- Bundesbeteiligung Option	524.400	514.206	514.206	- 10.194	
- Kommunalen Finanzierungsanteil Erstattung	0	1.570.000	1.400.000	+ 1.400.000	
Aufwendungen					
Pos. 13 Aufw. Sach- und Dienstleistungen	625.000	2.195.000	2.015.000	1.390.000	+ 1.390.000
- Frauenhausfälle	100.000	100.000	100.000	+ 0	
- Kommunalen Finanzierungsanteil	110.000	1.680.000	1.500.000	+ 1.390.000	
- Aufwand Option	415.000	415.000	415.000	+ 0	
Pos. 16 Sonst. ord. Aufwendungen	31.423.500	34.343.500	32.523.500	1.100.000	+ 1.100.000
- Leistungsbet. Unterkunft u. Heizung	30.700.000	31.820.000	30.800.000	+ 100.000	
- Leistungsbet. Einmalige Leistungen	600.000	600.000	600.000	+ 0	
- Leistungsbet. Eingliederung	115.000	115.000	115.000	+ 0	
- Allg. Geschäftsaufwendungen	8.500	8.500	8.500	+ 0	
- Bildung und Teilhabe	0	1.800.000	1.000.000	+ 1.000.000	
Saldo aus Erträgen und Aufwendungen					- 1.937.797

Bildungs- und Teilhabepaket (BuT) (+ 1,0 Mio. €)

Seit dem letzten Bericht hat es für diese neue Aufgabe erhebliche Veränderungen gegeben. Seinerzeit wurde noch von Aufwendungen für BuT nach dem SGB II von rd. 1,8 Mio. € ausgegangen. Diese Prognose beläuft sich derzeit auf rd. 1,0 Mio. € (s. auch Ziffer 15, Produkt 050110, Prognose 0,5 Mio. € BuT).

Da die komplette Erhöhung der Bundesbeteiligung sich im Produkt Grundversicherung für Arbeitssuchende auswirkt, ergibt sich ein um rd. 1,9 Mio. € verbesserter Saldo aus Erträgen und Aufwendungen in diesem Produkt.

Kosten der Unterkunft (Warmwasseranteil) (+ 100 T€)

Die Verschiebung des Warmwasseranteils von den Regelleistungen (Kostenträger BA) in die Kosten der Unterkunft (Kostenträger Kreis) gehen hier mit einem Plus von rd. 100 T€ ein. (Siehe Erläuterungen zu Ziffer 06, S. 7)

Die Zahl der Bedarfsgemeinschaften (BG) beläuft sich im Monat August 2011 auf 8.021 (Juli 2011: 8.091 BGs). Der Ansatz 2011 geht von durchschnittlich 8.200 Bedarfsgemeinschaften aus.

Der Prognose von 30,8 Mio. € KdU liegen durchschnittlich 8.170 Bedarfsgemeinschaften und ein monatlicher Aufwand pro BG von rd. 314 € zugrunde.

Wertberichtigungen (+ 110 T€)

Bei den sonstigen ordentlichen Aufwendungen werden u. a. Wertberichtigungen verbucht. Hier wurden in der Planung für das laufende Jahr 195 T€ Pauschalwertberichtigungen dem Produkt 010620 – Finanzbuchhaltung – und 499 T€ Wertberichtigungen direkt den einzelnen Produkten zugeordnet. Insgesamt werden die Wertberichtigungen voraussichtlich die Teilansätze um rd. 110 T€ überschreiten. Pauschalwertberichtigungen zeichnen sich für 2011 nicht ab; es wurden ausschließlich Einzelwertberichtigungen vorgenommen.

Ermächtigungsübertragungen

Ermächtigungsübertragungen von insgesamt 58 T€ in verschiedenen Produkten werden voraussichtlich planmäßig in Anspruch genommen.

Ziffer 20 – Zinsen und sonst. Finanzaufwendungen (1.235 T€) - 59 T€

In den Haushaltsplan und die mittelfristige Finanzplanung eingestellt wurden die Zinsen für bereits aufgenommene Kredite und für die Kredite, die noch vorgesehen sind. Infolge des erreichten Schuldenabbaus sind die Zinsaufwendungen gesunken. Veranschlagt sind auch Zinsen für Liquiditätskredite

D. Bewertung des Zwischenberichtes

Somit schließt die Prognose dieses Finanzstatus mit einer Verbesserung von rd. **6,8 Mio. €** gegenüber den Ansätzen des Haushaltes zuzüglich Ermächtigungsübertragungen ab:

Für den zum Stichtag erwarteten Jahresabschluss 2011 würde dies eine Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage in Höhe von rd. 2,4 Mio. € (- **3,5 Mio. €**) gegenüber der Veranschlagung im Nachtragshaushaltsplan 2011 von rd. 5,9 Mio. € bedeuten.

Die Zusammenführung der Prognosen führt zwar bereits zu einer rechnerischen Verbesserung von 3,5 Mio. € gegenüber dem Nachtragshaushalt 2011. Die Erfahrung seit Aufstellung von Finanzstatusberichten zeigt jedoch, dass die unterjährigen Prognosen stets unter besonderer Vorsicht getroffen werden, während sich die tatsächliche Entwicklung noch günstiger zeigt.

Hinzu kommen derzeit nicht abzusehende Veränderungen im Rahmen des Jahresabschlusses und der Aufstellung der Bilanz zum 31.12.2011.

Es ist davon auszugehen, dass auch im Rahmen des Jahresabschlusses 2011 wieder Ermächtigungsübertragungen nach 2012 erforderlich werden, die dann den Haushalt 2012 unmittelbar belasten. Hier muss regelmäßig mit Verschiebungen in einer Größenordnung von rd. 2 Mio. € gerechnet werden.

Fazit

	Plan 2011	Prognose 15.08.2011	
Stand Ausgleichsrücklage am 31.12.2010	9.325.756 €	9.325.756 €	
Entnahme 2011 lt. Nachtragssatzung 2011	-5.926.831 €	-2.365.338 €	Prognose JA 2011
Entnahme 2011 durch Ermächtigungsübertragungen	-3.229.277 €		
Stand Ausgleichsrücklage am 31.12.2011	169.648 €	6.960.418 €	
Reserve für 2012 belastende Ermächtigungsübertragungen		2.000.000 €	
freie Mittel für den Ausgleich 2012	169.648 €	4.960.418 €	

Alle aufgeführten Tatsachen ermutigen zu der Annahme, dass die Ausgleichsrücklage für den Ausgleich des Etats 2012 und in geringem Umfang für die Jahre 2013/2014 in einer Größenordnung von schätzungsweise rd. **5 Mio. €** vorgehalten werden kann.